Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2,20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 302. Sonnabend, den 2. Juli 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Das Exekutivkomitee der zweiten Internationale für Aufhebung der Sanktionen.

(Telephonischer Bericht.)

Das Exekutivkomitee der 2. Internationale tagte am 27. und und 28. Juni in London. Deutschland war durch den Genossen Wels vertreten.

Aus der Besprechung über die internationale politische Situation ergab sich in bezug auf die Sanktionen folgender Beschluß:

Das Exekutivkomitee der 2. Internationale hat die Lage erörtert, in der die Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland nach Annahme des Ultimatums der Alliierten gegen Deutschland verblieben sind. Es beschließt, die alliierten Regierungen nachdrücklichst zur Aufhebung der Sanktionen aufzufordern, die Deutschland auferlegt werden sollen für den Fall, daß es den Londoner Bedingungen der Alliierten die Zustimmung verweigern wollte. Die jetzige deutsche Regierung hat sich zur Durchführung von Verpflichtungen bereit erklärt, die die Alliierten selbst als zufriedenstellend annahmen.

Das Exekutivkomitee kommt zu diesem Beschluß auch aus dem Grunde, weil die beteiligten Völker, solange diese Sanktionen anhalten, in die Unmöglichkeit versetzt werden, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen und so die internationalen Handelsbeziehungen wieder herzustellen.

Das Exekutivkomitee beschließt ferner, die parlamentarischen Gruppen der beteiligten Staaten auf die notwendige schnelle und energische Stellungnahme hinzuweisen.

Der deutsche Parteivorstand hatte dem Komitee eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer interparlamentarischen Kommission überreicht, die zu einer eingehenden Aussprache Veranlassung gab.

Ein gewerkschaftlicher Aufruf für das Oberschlesier-Hilfswerk.

WTB. Berlin, 1. Juli

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, gez. P. Graßmann, der Deutsche Gewerkschaftsbund, gez. Baltrusch, Thiel, Gutsche, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, gez. Hartmann, und der Deutsche Beamtenbund, gez. Renners, erlassen folgenden Aufruf für das Oberschlesier-Hilfswerk:

Deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Not unserer oberschlesischen Schwestern und Brüder ist so groß geworden, daß die vom Deutschen Reich und den Einzelstaaten zur Verfügung gestellten oder zu stellenden Mittel zur Linderung der augenblicklichen Notlage der Oberschlesier nicht ausreichen können. Auf die dringenden Hilferufe der oberschlesischen Gewerkschaften erklärte das internationale Rote Kreuz sich bereit, alsbald Abhilfe zu schaffen. Sie übertrug die Durchführung des Hilfswerkes dem Deutschen Roten Kreuz. Um die erforderlichen gewaltigen Geld-, Kleidungs- und Lebensmittel aufbringen zu können, schloß sich das Deutsche Rote Kreuz unter seinem friedlichen Symbol mit den Vereinigten Verbänden Heimattreuer Oberschlesier zusammen. Da es sich bei den durch die Vorgänge in Oberschlesien Betroffenen besonders auch um Arbeiter, Angestellte und Beamte handelt, richten die unterzeichneten Verbände an alle Mitglieder die dringende Bitte, das Oberschlesier-Hilfswerk nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen, insbesondere auch in allen Betrieben Sammlungen für das Oberschlesier-Hilfswerk vorzunehmen. Die erforderlichen Flugblätter und Sammellisten stellt das Oberschlesier-Hilfswerk, Hauptgeschäftsstelle Berlin, Unter den Linden 78, auf Anforderung gern zur Verfügung. Die eingehenden Gelder sind auf das Konto „Oberschlesier-Hilfswerk“ bei allen Banken und Postanstalten oder auf das Postscheckkonto Berlin 112 300 einzuzahlen.

Mit dem geschäftsführenden Ausschuß des Oberschlesier-Hilfswerkes trafen wir solche Abmachungen, die uns die Gewähr bieten, daß die einlaufenden Gelder richtig verteilt und bei ihrer Verwendung unsere oberschlesischen Arbeitskameraden entsprechend ihrer Zahl und ihrem Notstande berücksichtigt werden.

Zum Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Das französische nationale Aktionskomitee für vollständige Reparation der Kriegsschäden veröffentlicht einen Bericht, in dem unter anderm gesagt wird: Das Aktionskomitee richtete an die öffentlichen Gewalten eine dringende Aufforderung, erstens, die Abschätzung der Schäden und die endgültige Entscheidung darüber zu beschleunigen, damit über den Entschädigungsbetrag endgültige Klarheit geschaffen wird; zweitens, von Deutschland die Naturallieferungen (Materialien, Rohstoffe, Waren) anzunehmen, wenn durch diese Lieferungen der Wiederaufbau beschleunigt wird. Dabei sollen die Verfallstage der Jahreszahlungen in Metall- oder Papiergeld nicht abgewartet werden; drittens, wenn nötig, nach Verständigung mit den örtlichen Behörden als Reparation auch deutsche Arbeitskräfte anzunehmen, deren Leitung und Verteilung sich unter der Kontrolle der zuständigen Behörde vollziehen soll.

Aus Berlin wird berichtet: Bei den Pariser Besprechungen über die Lieferungen und Preise stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Fragen schriftlich zu formulieren. Staatssekretär Guggenheimer wird mit diesen schriftlich formulierten Fragen abreisen, um sie zur Kenntnis des Ministers Rathenau zu bringen.

Im Ausschuß des Reichstages für Bevölkerungspolitik wurde von einem Vertreter der Regierung mitgeteilt, daß der Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Alkoholismus in Vorbereitung sei. Ein deutschnationaler Antrag, der die Reichsregierung unter anderm ersucht, mit den Ländern in Verbindung zu treten, um das Ueberhandnehmen von Bars, Dielen, Likörstuben und sogenannten Familienrestaurants in oberen Stockwerken schonungslos zu bekämpfen, wurde einstimmig angenommen.

Eine kommunistische Führerin in den Händen schwarzer Truppen. Die rheinische Führerin der Kommunisten, die Kölner Stadtverordnete Ackermann, ist von mehreren farbigen Soldaten im Walde bei Köln überfallen worden und konnte nur durch das Herbeieilen Vorübergehender vor einer schweren sittlichen Bedrohung bewahrt werden. Die kommunistische Zeitung in Köln verlangt mit Recht von den Besatzungsbehörden, daß die Sicherheit der Einwohner nicht gefährdet wird.

Noch ein bayerisches „Reservatrecht“. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von unterrichteter Seite erfährt, trifft es zu, daß in Bayern für Ausländer und nicht bayerische Staatsangehörige besondere Bestimmungen über die Paß- und Meldepflicht bestehen. Im Hinblick auf eine Reihe unerwünschter Rückwirkungen nach innen und außen wird es zurzeit von der Reichsregierung geprüft, inwieweit die bayerische Sondermaßnahme mit der Reichsverfassung vereinbar ist.

Friedenshoffnung in Irland. Reuter berichtet: Die irischen Abgeordneten Staines und Rechtsanwalt Duggen wurden aus dem Gefängnis entlassen. Auch diese Entlassungen werden freudigst begrüßt. Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der irischen Frage wächst von Tag zu Tag.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

128. Sitzung. 1. Juli 1921, mittags 1 Uhr.

Anfragen.

Meier-Zwickau (SD.) fragt, ob infolge der Verteuerung aller Lebensmittelverhältnisse eine neuerliche Heraufsetzung der Lohnpfändungsgrenze in Aussicht genommen sei.

Die Regierung läßt erwidern, sie sei erneut in eine Beratung der Frage eingetreten, da man nicht bis zur allgemeinen Reform des Zwangsvollstreckungsverfahrens warten könne.

Frau **Schrader** (SD.) fragt an, was die Reichsregierung bisher getan habe, um der Verfassungsbestimmung: Die Ehe beruht auf der gleichen Berechtigung der beiden Geschlechter, sowie dem Artikel 121 der Verfassung: Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern im BGB., Geltung zu verschaffen. Ferner wird gefragt, was zur Neuordnung des Ehescheidungsrechts geschehen sei.

Die **Regierung** läßt erwidern, daß im Entwurf eines Jugendwohlfahrtgesetzes zahlreiche Vorschriften zugunsten der unehelichen Kinder enthalten sind. Es haben auch mit Sachverständigen Verhandlungen über die künftige Besserstellung der unehelichen Kinder stattgefunden. Den Landesregierungen sind Grundzüge einer gesetzlichen Neuregelung dieses Rechtsgebietes zur Stellungnahme zugegangen. Der Gesetzentwurf wird zurzeit im Reichsjustizministerium bearbeitet. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Ehescheidung werden geprüft, um sie zwecks Beseitigung der hervorgetretenen Mißstände zu ändern.

Auf eine Beschwerde des Abgeordneten **Pfülf** (SD.) über völkerverhetzende Filme der Gesellschaft für Kulturförderung wird erklärt, daß die Filmprüfstelle selbständig über die Zulassung entscheide. Die erwähnten Filme sollen rein sachliche Aufklärung bewirken.

Der Gesetzentwurf zur Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen, wonach durch den Reichswirtschaftsminister bestimmte behördliche Stellen befugt sein sollen, zur Ueberwachung des Warenverkehrs zwischen den unbesetzten und besetzten Gebieten in den Postdiensträumen Paketsendungen zu prüfen und einzelne Pakete zu beseitigen, wird dem Postgebührenausschuß überwiesen, nachdem Abgeordneter Dr. Geyer (Komm.) schwere Bedenken gegen die Vorlage vorgebracht hat; das Gesetz führe zu einer unerhörten Postschnüffelei.

Die Sanktionen.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen wird die Aussprache über die Interpellation betreffs der Sanktionen fortgesetzt.

Dr. Bell (Z.): Alle Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten müssen einig zusammenstehen in der Forderung nach Auflösung der Sanktionen.

Dr. Reichert (DNP.): Das schlimmste ist die schwarze Schmach, an der jedes weiße Volk Anstoß nehmen muß. Die Sanktionen sind ein gemeines Verbrechen, Gewalttat und Erpressung. Das Verhalten der Franzosen ist die schwerste Enttäuschung der Ja-Sager. Es ist ein blutiger Hohn für den Reichskanzler. (Sehr wahr! rechts.) Je länger die Sanktionen dauern, desto mehr werden die Rechtsparteien gestärkt und desto schwächer wird das Kabinett Wirth. (Beifall rechts.)

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof wird dann unter kurzer Aussetzung der Beratung mit der verfassungsgemäß erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Darauf wird die Beratung der Interpellation fortgesetzt.

Dr. Breitscheid (USP.): Auch wir beklagen und verurteilen aufs tiefste die Schäden, die dem besetzten Gebiet durch das Verhalten der Entente erwachsen. Wir stehen daher nicht beiseite, wenn die Aufhebung der Sanktionen mit aller Dringlichkeit gefordert wird. Der Patriotismus der ehemaligen Vaterlandsparteiler reicht nicht aus, um unsere wirtschaftliche Lage gegen die Ueberschwemmung mit ausländischen Waren zu schützen. Nach unserer Auffassung hat die Reichsregierung volle Beweise ihres guten Willens zur Erfüllung des Ultimatums vorgelegt. Nicht die deutsche, sondern die französische Regierung entzieht sich ihrer Verpflichtungen. Eine Regierung aus den Reihen der Zapf und Reichert würde erreichen, daß die Sanktionen sich auch auf das Ruhrgebiet erstrecken und für alle Zeiten bestehen bleiben würden. Der Redner der deutschen Volkspartei droht der Regierung, wenn sie nicht ganz energische Maßnahmen zur Beseitigung der Sanktionen treffe, sogar mit gewaltsamem Sturz. Dieses Bekenntnis zur Berechtigung der Revolution ist bemerkenswert. Glauben Sie ja nicht, daß Sie etwa die Arbeiterschaft vor den Wagen Ihres Chauvinismus spannen können. Wir wollen für Sie nicht die Kastanien aus dem Feuer holen. Wir wollen die Regierung stützen, aber wir stellen ihr keine Blanko-Vollmacht aus, sondern werden abwarten, was sie leistet. Die französische Politik ist schlimmer als ein Verbrechen, sie ist eine Dummheit. Die Herren von rechts sollen sich darüber klar werden, daß sie durch ihre Anstrengungen auf eine Gewaltpolitik nur lächerlich wirken müssen, denn die wenigen Flinten, die Deutschland noch zur Verfügung hat, können auch kein ernstes Wort mehr sprechen, sie reichen gerade noch dazu aus, Arbeiter niederzuknallen, wenn sie notwendige Forderungen erheben. (Beifall links.)

Koch-Weser (DDP.): Das Rheinland wird wie eine unterworfene Kolonie behandelt. Dabei soll es doch nur Faustpfand sein. Bei Fortbestand der Sanktionen kann man von Deutschland keine Wiedergutmachung verlangen. Beim Kapp-Putsch habe ich auswärtigen Persönlichkeiten auf ihre Fragen nach den Gründen des Putsches erklärt, daß die Faustpfandpolitik der Entente dafür gesorgt habe, daß die Hetzer bei unreifen Elementen Anklang fanden. (Lachen bei den Kommunisten.) Setzt Frankreich seine Politik der Balkanisierung Europas fort, dann wird es die Demokratie und die Republik in Deutschland vernichten. Vernichten kann man unser Vaterland, doch nicht zerreißen.

Höllein (Kom.): Wir haben keinen Anlaß, den nationalistischen Rummel, der hier aufgeführt wird, mitzumachen. Im Kriege haben die Militaristen genau dasselbe getan, was heute die Bourgeoisie als großes Unrecht an den Pranger stellt.

Deermann (Bayr. Volkspartei): In der Pfalz verschärfen sich die Gegensätze gegen die Brutalitäten der Franzosen von Tag zu Tag. Kommt es wirklich zu einer pfälzischen Republik, wie es die Franzosen wollen, so bricht im Westen ein Sturm der Entrüstung los.

Dr. Most (DVP.): Alles, was wir sonst innerpolitisch auf dem Herzen haben, muß jetzt vor dieser großen Sache zurücktreten. Dem Kollegen Sollmann bin ich für sein Eintreten für meine rheinländischen Landsleute sehr dankbar.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 7¾ Uhr.

Im Münchener Kommunistenprozeß wurde nach 9 Tagen die Vernehmung geschlossen. Der Staatsanwalt brachte in seiner Rede eine ausführliche Darstellung des mitteldeutschen kommunistischen Aufstandes und bemühte sich nach Möglichkeit, die kommunistischen Kampfmethoden in den Vordergrund zu rücken, um ein echt bayerisches Volksgerichtsurteil vorzubereiten. Er beantragte Freiheitsstrafen von 2 Monaten bis zu 5 Jahren Zuchthaus und von 1 bis 5 Jahren Festung. Der Verteidiger wies darauf hin, daß die kommunistische Verblendung wieder einmal brave und fleißige Arbeiter ohne ihre Schuld ins Zuchthaus gebracht habe.

Zwischen der deutschen und polnischen Regierung ist ein Abkommen über den sogenannten kleinen Grenzverkehr abgeschlossen worden.

In Italien wurde Denisola mit der Neubildung des Kabinetts betraut.

Das amerikanische Heer. Harding unterschrieb ein Gesetz, nach welchem vom 1. Oktober an die gesamte Mannschaftsstärke des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann herabgesetzt wird.

Rücknahme der amerikanischen Besatzungstruppen? „New York Herald“ meldet aus Washington: Die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein werden, wie gut unterrichtete Persönlichkeiten erklären, in Kürze aus Deutschland zurückgezogen werden. Harding erklärte, dies geschehe in dem Augenblick, wo er die Friedensresolution unterzeichne oder kurz nachher. Man glaube, daß die Zurückberufung am amerikanischen Nationalfeste, also am 4. Juli, erfolge.

Ein Verleumder verurteilt.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Genossen Ebert wurde der be—kannte Geschäftsführer der „Tostedter Zeitung“, Georg Baumm aus Tostedt, von der Stader Strafkammer zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hatte in der „Tostedter Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der von Beleidigungen des Reichspräsidenten strotzte. Der verantwortliche Redakteur der Zeitung, Josef Ernst Reiter, wurde zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die interessante Verhandlung werden wir noch zurückkommen.

Erwerbslosenfürsorge.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages erklärte am Freitag Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zur Frage der Erwerbslosenfürsorge, die Regierung wolle der Geldentwertung und der teils eingetretenen, teils zu erwartenden Preissteigerung durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze Rechnung tragen. Bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen, die der Stellungnahme ihrer Fraktion nicht vorgreifen wollten, wurde beschlossen, der Erklärung der Regierung bezüglich der Aufbesserung der Unterstützungssätze für die Kurzarbeiter und Erwerbslosen zuzustimmen. — Der Ausschuß nahm sodann den Entwurf der Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide auf die Ernte 1921 an, nachdem Herz (USP.) und Schmidt-Köpenick (SD.) sich sehr scharf gegen die Preiserhöhungen gewendet hatten. Angenommen wurde ferner eine Zentrumsentschließung, betreffend Maßnahmen der Regierung, daß der künftige Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen Höchstpreis nicht mehr als höchstens um 40 % übersteigen soll.

An die Zeiten des Sozialistengesetzes

erinnern die neuesten „Taten“ der Münchener Polizei, über die uns folgender Bericht zugeht: Die Verbreitung des von der Polizei gesuchten sozialdemokratischen Flugblattes „Bayern wacht auf“ nimmt trotz aller polizeilichen Nachforschungen ihren Fortgang. Es wirkt fast komisch, wie die Sektionslokale und Sektionsführerwohnungen durchsucht, Bilder von der Wand gerissen und Betten sowie Matratzen durchstöbert werden, und wie die dortigen Genossen das verbotene Flugblatt in Körben, Matzkügen und ähnlichen Dingen aus den heimlichen Versteckstellen holen müssen, um dem Münchener Polizei-Regiment ein Schnippchen zu schlagen. Die Polizei rechtfertigt diese Durchsuchungen mit der Angabe, daß von 50 000 nur 6000 beschlagnahmt werden konnten. Zu welchen drakonischen Mitteln wird sie nun wohl greifen, wenn sie erfährt, daß sie zu der von ihr angegebenen Auflagehöhe, die bereits im ganzen Lande verteilt ist, noch eine Null anfügen muß?

Preußischer Landtag.

(Telephonischer Bericht.)

32. Sitzung. 1. Juli 1921, mittags 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die

Abstimmungen

zum Haushalt des Justizministeriums. Nach Ablehnung einiger kommunistischer Anträge werden die Ausschußanträge angenommen.

Sodann folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Braun (SD.), betreffend Behinderung der Beschädigung der Rotationsmaschinen. Der Antrag wird mit 216 gegen 84 Stimmen angenommen. — Ein sozialdemokratischer Antrag über die Auswahl der Laienrichter durch Volkswahl wurde mit 184 Stimmen der Rechtsparteien gegen 128 Stimmen der Linken abgelehnt. Dagegen wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Zulassung der Berufung gegen alle erstinstanzlichen Urteile in Strafsachen und Ermöglichung des Weges zum Berufsrichteramt auf Staatskosten für Kinder minderbemittelter Eltern einstimmig angenommen. Ebenso wurde der sozialdemokratische Antrag, daß brauchbare, erfahrene und befähigte Personen innerhalb des vorgeschriebenen Ausbildungsweges durch Ablegung der Gerichtsassessorprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, mit 158 gegen 149 Stimmen angenommen. — Einstimmig wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, daß der Justizminister auf die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsverdienst hinwirkt. Der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe wurde in namentlicher Abstimmung mit 175 Stimmen der Rechtsparteien gegen 133 Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Demokraten abgelehnt. (Lang anhaltender Lärm, Pfui!-Rufe.)

Danach werden sämtliche kommunistischen und unabhängigen Anträge abgelehnt. Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag auf schnelle Vorlage einer Reform des Strafvollzuges zwecks Trennung des Strafvollzuges von der Staatsanwaltschaft, Beschäftigung der Gefangenen nach ihren Fähigkeiten, Wünschen und beruflicher Tätigkeit. Ferner soll den Gefangenen das Recht, politische Zeitschriften und Bücher in weitem Umfange zu lesen, zugestanden sein. Verlangt wird Abschaffung des Dunkelarrestes, Ausgestaltung des Pflichtunterrichts mit modernen Anschauungsmitteln in Vortragsform. Einstimmig wurde ein Zentrumsantrag angenommen über Sonderbehandlung geisteskranker Gefangener.

Nach Erledigung kleinerer Anträgen wird ein Antrag des Ausschusses angenommen, wonach der deutschgebliebene östlich der Weichsel gelegene Teil von Westpreußen als Regierungsbezirk „Westpreußen“ bestehen bleibt, und ferner ein Antrag auf Zuteilung von Elbing-Stadt und Land, Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg zu Ostpreußen. — Ein Gesetzentwurf, wonach die Zuständigkeiten des Ministers der öffentlichen Arbeiten auf das Landwirtschaftsministerium und das Handelsministerium verteilt werden, soweit der Uebergang der Eisenbahnen und Wasserstraßen auf das Reich diese Zuständigkeit nicht auf Reichsbehörden übertragen hat, wurde in erster Beratung ohne Aussprache erledigt. — Es folgte die zweite Beratung des Staatsvertrages für den Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich. Die Vorlage wird angenommen.

Sodann folgt die Beratung des

Domänenhaushalts.

Weber-Griesheim (SD.): Die Zustände, vor allen Dingen die Behausung der Landarbeiter auf den Domänen, der Wucher durch Weiterverpachtung der Domänen zu unerschwinglichen Preisen haben einen Grad angenommen, der jeder Beschreibung spottet. Der Wucher mit staatlichem Grund und Boden muß unmöglich gemacht werden. Die Forst- und Domänenverwaltungen sind größtenteils den Arbeitgeberverbänden angeschlossen und wirken somit bei etwaigen Streiks usw. lediglich zum Wohle der Pächter. Die Interessen der Landarbeiter finden natürlich keine Berücksichtigung. Wir lehnen die beantragte Aufhebung der Erhöhung der Pachtpreise für Domänen grundsätzlich ab. Wir sind dafür, daß die in Selbstbewirtschaftung befindlichen Domänen gezwungen werden, jährlich eine Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen. Vor allen Dingen muß den Landarbeitern, die noch immer Sklaven der Besitzenden sind und noch größtenteils mit der Peitsche in der Hand regiert werden, eine menschenwürdige Behandlung zuteil werden. Am Arbeiterwohnungsbau auf den Domänen ist noch viel nachzuholen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Graw (Z.): Auch wir wünschen eine Kontrolle der Verwaltungen von Domänen und sind für bessere Wohnungen der Arbeiter auf dem Lande.

Dr. Kaufhold (DNP.): Ich bin ein Freund der Landarbeiterorganisationen! (Schallendes Gelächter links.) Ganz besonders schädlich ist das Wirken des Ministers Brauns durch die Herausgabe seiner Pachtschutzordnung; die Wirkung der Verordnung ist eine Erhöhung der Pachtpreise bis zum Vierfachen, ja zum Fünffachen. Daneben haben die Domänen aber auch noch andere schwere Lasten zu tragen. Wir verlangen deshalb eine schleunige Revision der Verfügung des Ministers Brauns. Dabei dürfen aber nur die Ausschüsse des Parlaments mitwirken. Wir haben uns stets für bessere Arbeiterwohnungen auf dem Lande ausgesprochen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Kleine Vorlagen, Haushalt Groß-Berlin, Ueberalterungsgesetz.

Schluß 6 Uhr.

Hamburger Bürgerschaft.

Die Haushaltsberatung kam auch am Freitag noch nicht zu Ende, ja, sie mußte nach Artikel 114 sogar auf Antrag des Genossen Meier abgebrochen werden, damit noch der Senatsantrag auf Verteilung des Siedlungsgeländes auf der Riepenburg und Bojewiese erledigt werden konnte. Die Kommunisten haben bekanntlich der „Hure Justiz“ den schärfsten Kampf angesagt, das hinderte aber die charakterfesten Leute nicht, mit den Bürgerlichen gegen unsere Genossen zu stimmen, als der Deutschnationale Dr. Koch für die Bücherei des Oberlandesgerichts erhöhte Mittel beantragte. Beim Abschnitt „Polizeibehörde“ nahm Genosse Ehrenteit Veranlassung, auf den Bericht des Gewerbeaufsichtsamts einzugehen. Mit Nachdruck stellte er fest, daß die organisierte Arbeiterschaft jeden Anschlag auf den Achtstundentag energisch abwehren wird. Bemerkenswert wenige sachliche Einwände hatten die Deutschnationalen und Kommunisten beim Polizeietat zu machen, und auch bei den weiter folgenden Artikeln waren es oft nur Kleinigkeiten, die den Redeeifer anfachten. Die Arbeitseinstellung der Presse mußte denn auch erst wieder an die vorgeschrittene Zeit mahnen.

*

36. Sitzung.

Freitag, 1. Juli 1921, nachmittags 5 Uhr.

Präsident Roß eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung von neuen Eingängen des Senats.

Fortsetzung der Haushaltsberatung.

Die Beratung des Haushaltsplans wird beim Abschnitt Justizwesen, Artikel 93 (Oberlandesgericht), fortgesetzt. — Dazu beantragt Dr. Dücker (DVP.) Erhöhung der Summe für die Bücherei von 12000 auf 30000 M. — Dr. Nagel (DNP.): Es herrscht unter den Beamten des Oberlandesgerichts große Erregung über die Ergänzungsprüfung zum Einrücken von Klasse 6 nach Klasse 7. Durch ihr Alter und ihre Erfahrung haben diese Beamten ihre Reife bewiesen. Ich bitte die Justizverwaltung, Milde walten zu lassen. Die Reichsregierung wünscht ja diese Prüfung. — Dr. Koch (DNP.) begründet die Erhöhung der Büchereisumme. Für diese wichtige Bibliothek, die den Richtern, Anwälten und Referendaren zur Verfügung steht, genügt die Summe nicht. — Senator Dr. Nöldeke tritt auch für den Antrag ein, damit die Bibliothek auf dem laufenden bleibt, obwohl das Oberlandesgericht nicht mehr verlangt hat. — Dr. Knack (SD.): Meine Fraktion hält an dem Grundsatz fest, Initiativanträgen aus dem Hause bei der Budgetberatung nicht zuzustimmen. — Dr. Koch (DNP.) tritt dem entgegen. — Der Antrag Dr. Dücker wird angenommen, der Artikel dann genehmigt. Ebenso Artikel 94 (Landgericht).

Zu Artikel 95 (Amtsgericht) wünscht Dr. Eichholz (DDP.) Besserung im Betrieb der Schreibstube, damit schneller gearbeitet wird, besonders bei der Ausfertigung von Urteilen. Noch langsamer arbeitet die Schreibstube des Mieteeinigungsamtes. Ich bitte, hier einzugreifen. In der Konkursverwaltung sind zuständig die Bücherrevisoren, obwohl sie oft nicht sachverständig sind. Hier müßte die Justizverwaltung Richtlinien festsetzen, um Fachmänner als Verwalter des Konkurses zu erhalten. — Senatsvertreter Senator Dr. Nöldeke bedauert, keinen Einfluß auf die Konkursrichter, die die Konkursverwalter bestimmen, ausüben zu können. In Sachen der Schreibstuben ist Reform eingeleitet. — Gredsmühl (DVP.) schildert die Mißstände in den Schreibstuben. Die Verwaltungsreformkommission hat nicht die genügenden Angestellten bewilligt. — Darauf wird der Artikel genehmigt. Ebenso die Artikel 96 bis 101.

Zu Artikel 102 (Gefängniswesen) spricht Schumacher (WB.): Von den 70 Kühen des Gefängniswesens sollen 30 Kühe fehlen. Die übrigen sollen in einem traurigen Zustand sein. Wie ist der Vertrag mit dem Landwirt, der die Kühe in Futter hat?

Perner (SD.): Im Untersuchungsgefängnis beim Strafjustizgebäude sind in 866 verfügbaren Zellen zurzeit 718 Personen, 638 Männer und 80 Frauen untergebracht. Die Zellen, die für Einzelhaft eingerichtet sind, müssen deshalb fast alle mit 2, teilweise sogar mit 3 Personen belegt werden. Vor einem Jahre, als ich diese Zustände zum ersten Male hier zur Sprache brachte, war die Ueberfüllung freilich noch viel schlimmer. Aber trotz der anerkennenswerten Verbesserung, die der gegenwärtige Direktor des Gefängnisses durchgeführt hat, sind die Zustände noch immer sehr schlimm. Es fragt sich, was getan werden kann, um Abhilfe zu schaffen. An eine Erweiterung des Gefängnisgebäudes ist mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates nicht zu denken. Die Unterbringung, namentlich der jugendlichen Untersuchungsgefangenen in andere Anstalten, könnte wohl in Betracht gezogen werden, wenn die Justizbehörden nicht dagegen Einspruch erheben würden, weil sie, vielfach nur aus Bequemlichkeit, die Gefangenen stets zur Verfügung haben wollen. Aber vor allem könnte der Ueberfüllung des Gefängnisses schon dadurch vorgebeugt werden, daß nicht in ganz unnötiger Weise Untersuchungshaft verhängt wird. Jetzt sitzen zahlreiche jugendliche Personen, die bei Güterraub und ähnlichen Eigentumsvergehen ertappt worden sind, oft viele Monate in Haft, ehe sie zur Verhandlung kommen. Sie sind in vielen Fällen vielleicht das Opfer einer Verführung geworden oder überhaupt nicht in dem Maße schuldig, daß eine so lange Haft sich rechtfertigt. Wie schematisch, ja geradezu gewissenlos manchmal Untersuchungshaft verhängt wird, zeigt folgender Fall: Ein Mann, der infolge einer Kriegsverletzung, einer Schußwunde im Rücken, körperlich völlig hilflos ist, hat mehrere Wochen buchstäblich in Untersuchungshaft sitzen müssen, bis er endlich auf Veranlassung eines Gefängnisbeamten, der das Elend wohl nicht mehr mit ansehen mochte, anderswo untergebracht wurde. Was denken sich eigentlich Richter und Staatsanwälte, wenn sie solche unglückliche Menschen auf den bloßen Verdacht hin, daß sie einer Straftat schuldig sind, einsperren lassen? Richter und Staatsanwälte sollten sich bewußt sein, daß nichts so sehr das Ansehen der Justiz untergräbt, als wenn durch die Justiz selbst Unrecht verübt wird. Das geschieht aber heute zweifellos in den sehr vielen Fällen, wo die Dauer der Untersuchungshaft in gar keinem Verhältnis zu der dann verhängten Strafe steht. Wenn sich damit die Kritik an unserm Gefängniswesen eigentlich an die Adresse der Justizverwaltung richtet, so soll damit zugleich gesagt sein, daß unser Schweigen bei der Debatte über die Justizverwaltung in der vorigen Sitzung keineswegs so aufgefaßt werden darf, als ob wir mit der heutigen Rechtsprechung der Gerichte durchaus einverstanden sind. Wir sehen in sehr vielen Urteilen den Ausfluß einer Klassenjustiz in dem Sinne, wie das Herr Bergmann schon in voriger Sitzung hier ausgeführt hat. Ich bin aber nicht seiner Meinung, daß diese Art Klassenjustiz deshalb ganz unvermeidlich ist, weil wir heute noch in einem Klassenstaat leben. (Präsident: Das steht nicht mehr zur Beratung.) Die Richter und Staatsanwälte sollten sich nur nicht einbilden, daß die starre Buchstabengerechtigkeit, auf die viele von ihnen so besonders stolz sind, die wahre Gerechtigkeit ist. Wenn es sich darum handelt, einen vielleicht schuldlosen oder nur geringfügig schuldigen Menschen seiner Freiheit zu berauben, sollte die Justiz sich ganz besonders der Verantwortung für dieses Menschenleben bewußt sein. Das kann sie, auch wenn sie nicht völlig unabhängig von bestimmten Klassenvorurteilen ist.

Senatsvertreter Senator Dr. Nöldeke: Die Gerichte verhängen die Untersuchungshaft. Darin kann die Justizverwaltung keinen Einfluß ausüben. Die Jugendlichen müssen selbstverständlich besonders behandelt werden. Die Zustände im Untersuchungsgefängnis müssen gebessert werden und sind schon sehr gebessert. Statt 900 vor einem Jahr sind jetzt nur 700 noch da. Nach Fuhlsbüttel Untersuchungsgefangene zu legen, lehne ich aus idealen Gründen ab. Dieser Gefangene gehört in ein besonderes Gebäude für sich. Durch Notbauten sind die Gefängnisverhältnisse so gut wie möglich gebessert. Auch scheint der Höhepunkt der Kriminalität überwunden zu sein. Was geschehen kann, wird von der Gefängnisverwaltung geschehen.

Bergmann (USP.) wünscht, daß die Gefängnisgeistlichen zu streichen sind. Es ist Sache der Kirche, den Trost in den Gefängnissen zu spenden. — Urbahns (Komm.): Das Gefängniswesen ist auch eine Klasseneinrichtung. Die Mittel, die angewandt werden, führen keine Besserung des Menschen herbei. Alle Maßnahmen sind vergebliche Arbeit. Der Staat will ja keine Besserung, sondern nur seine Ruhe und Ordnung. Die Leiter des Gefängniswesens haben guten Willen, aber die Beamten hängen am alten System. Die Massenquartiere in den Gefängnissen sind Lasterhöhlen, in denen